

I. Einführung

Überblick: Einleitend wird ein Blick auf die „Gründerzeit“ der Bürgerinitiativbewegung in Westdeutschland genommen. Das ambivalente Gemisch aus inneren Reformen und „mehr Demokratie wagen“ (Willy Brandt) einerseits und Notstandsgesetzen, RAF und Radikalenerlaß andererseits stellten das eigenartige politische Klima der 70er Jahre und den Nährboden für das Entstehen und Gedeihen der „Landplage“ Bürgerinitiativen dar. Danach werden zunächst Handlungsfelder aufgezeigt, in denen bis zum heutigen Tage sich Menschen in Bürgerinitiativen engagieren. Ausserdem wird nach gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen und einer ersten, generellen Erfolgsbilanz gefragt. Im zweiten Teil wird die Forschungslücke "Engagement und Misserfolg in Bürgerinitiativen" aufgezeigt, die daraus gewonnenen Fragestellungen für die vorliegende Arbeit erläutert und das methodische Vorgehen kurz skizziert.

1. Einbettung des Forschungsgegenstandes Bürgerinitiativen als Teil der neuen sozialen Bewegungen

Nachfolgend wird zunächst ein Einblick in das politische Klima der Entstehungs- und Anfangszeit von Bürgerinitiativen gegeben (1.1) nach der Relevanz der Untersuchung (1.2) und den Wirkungen sowie der Erfolgsbilanz der Bürgerinitiativen gefragt (1.3). Schließlich wird versucht, Charakteristika von Bürgerinitiativen festzuhalten (1.4).

1.1. Politisches Klima in der Entstehungs- und Anfangszeit der Bürgerinitiativen

Ende der sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts entstand in der damaligen Bundesrepublik ein neues politisches Phänomen. Menschen vor allem aus der gesellschaftlichen Mitte läuteten in immer mehr Städten und Gemeinden eine neue Ära politischen Verhaltens ein: Sie schlossen sich zu Gruppen, die sehr bald "Bürgerinitiativen" genannt wurden, zusammen, um in völlig ungewohnter Weise politisch initiativ zu werden.

Durch Mobilisierung der lokalen Öffentlichkeit, medienwirksamen Aktionen und Demonstrationen, juristischen Verfahren, Alternativvorschlägen zu staatlichen Planungsvorhaben, Baustellenbesetzungen, Kontaktaufnahme mit den politischen Eliten vor Ort u.v.m. versuchten sie, die staatlichen Adressaten zum Bau von Kinderspielplätzen bis hin zum Stopp eines Autobahnbaus zu drängen. An Bürgerinitiativen hat man sich heutzutage schon lange gewöhnt. Planung und Bau von Müllverbrennungsanlagen, Autobahnen, Flugplätzen u.ä. ist ohne den voraus- oder hinterhereilenden Protest widerpenstiger Bürger heute schon gar nicht mehr vorstellbar. Das war nicht immer so.

Für die Entstehung und den weiteren Entwicklungsverlauf der bundesdeutschen Bürgerinitiativen waren drei Kennzeichen staatlicher Politik von besonderer Bedeutung, die das politische Klima Ende der 60er Jahre und in den 70er Jahren prägten: *Erstens* eine einsetzende, nahezu zentralstaatliche Wachstums- und Konjunkturpolitik zur Überwindung der ersten Nachkriegsrezession; *zweitens* das Regierungsprogramm "Innere Reformen" der SPD/FDP-Koalition von 1969 und das von Bundeskanzler Willy Brandt verkündete Versprechen "mehr-Demokratie-wagen"; *drittens* die durch Terrorismusbekämpfung und Radikalenabwehr offiziell legitimierte Einschränkung bürgerlicher Freiheitsrechte (Radikalerlaß, Berufsverbote, Lauschangriff der Geheimdienste, Einschränkung von Verteidigerrechten etc; vgl. Roth 1980, 91), die Tendenzen zum "Sicherheitsstaat" (Hirsch 1979) sichtbar werden ließen.

Beginnen wir 1966/67: Die "quiet Fifties" und das "augusteische Zeitalter des liberalen Kapitalismus" - das sogenannte deutsche Wirtschaftswunder - (Kaase 1988, 28 / Schwarz 1981, 450) schienen endgültig zu Ende. Ein zum ersten Male in der Geschichte der Republik eingetretener Rückgang der Wirtschaftsproduktion und die völlig ungewohnt gewordene Zahl von 500 000 arbeitslosen Menschen deuteten darauf hin. Mit dem "Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum" (Stabilitätsgesetz), einer "Konzertierten Aktion" und einer mittelfristigen Finanzplanung versuchte die damalige Große Koalition, auf die Konjunktur investitionsfördernd Einfluß zu nehmen. Konjunktur- und Strukturpolitik waren die Worte dieser Zeit. Eine Gemeindefinanzreform (1969) und das Städtebauförderungsgesetz (1971) schafften die Voraussetzung dafür, dass "Planungen zügig durchgeführt werden (konnten), und dass damit unzumutbare

und die Allgemeinheit belastende Verzögerungen unterbleiben".¹ Sanierungen waren jetzt leichter durchzuführen. Ganze Stadtgebiete wurden unter Gesichtspunkten rennabilitäts-orientierter Stadtentwicklung zum Sanierungsgebiet erklärt. Häussermann (1974, 114) spricht von "Funktionssanierung", die zum Teil flächenmäßig durchgeführt wurden. Ebenso kam es zu staatlich initiierten "Verkehrssanierungen" (Hänel u.a. 1978). Die Forcierung des Autobahn- und Schnellstraßenbaus in Berlin in den 60er und 70er Jahren ist hierfür ein Beispiel.²

Es entstand eine paradoxe Situation: Der Widerstand, der sich Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre gegen viele staatliche Planungsvorhaben zu entwickeln begann, wurde durch eine Atmosphäre begünstigt, die der "Staat", genauer, die neue Bundesregierung, mit ihren Versprechen der inneren Reformen und ihrem Bekenntnis zu "mehr Demokratie wagen", selbst auslöste.³ Die Bürgerinitiativen kämpften quasi für die reale Durchsetzung der staatlichen Vorgaben. Die staatlich mitausgelöste politische Aufbruchstimmung verschaffte den Initiativen eine legitimatorische Grundlage und förderten damit deren Ausdehnung als Politikform. "Für diese erste Ausbreitungsphase der Bürgerinitiativen ist wohl entscheidend, dass die Reformparteien (der sozialliberalen Koalition; d.Verf.) nicht offensiv *gegen* Bürgerinitiativen mobilisieren konnten und wollten" (Roth 1980, 85). Im Gegenteil: Man sah sie zunächst "als willkommene Legitimationsquelle im Sinne einer reformerischen Massenbasis" (82) an.⁴

Ab Mitte der 70er Jahre blies den Bürgerinitiativen der politische Wind merklich stärker ins Gesicht. Die Konfliktlinien wurden härter. Die ökonomischen und sozialen Probleme nahmen zu. Strukturkrisen, zunehmende Arbeitslosigkeit und Verarmung wurden die Zeichen der Zeit. Konjunkturpolitik bekam den Vorrang vor dem Einlösen der abgelegten Versprechen in Sachen innere Reformierung und Demokratisierung. Das Arbeitsplatzargument wurde verstärkt gegen Umweltinitiativen eingesetzt und man

¹ Einleitung zum Städtebauförderungsgesetz, Ulrich 1975, XIV.

² Ein Artikel in der Berliner Morgenpost vom 18.9. 1960, in dem der damalige Verkehrssenator Schwedler das 200-km-Autobahn- und -zubringer-Projekt gegen laut gewordene Kritik verteidigte, trug die Überschrift: "Berlins Gesicht liegt auf der Straße".

³ Die Verleihung des Theodor-Heuss-Preises an die Vertreterin einer Bürgerinitiative durch den damaligen Bundespräsidenten Heinemann am 12.2.1973 ist dafür ein Beispiel.

⁴ FDP-Generalsekretär Karl-Hermann Flach meinte, dass "die Parteien sich den Forderungen der Initiativen annehmen könnten und sollten", weil so "nicht nur die Planungs- und Entscheidungsprozesse der Politik durchsichtiger und bürgernäher würden, sondern die parlamentarischen Gremien als letzte Entscheidungsinstanz (sic!; d.Verf.) eine neue und zusätzliche Legitimation erhielten", in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt v. 4.6.1972; hier zitiert nach Bermbach 1991, 125.

sprach vom "Investitionsstau", hervorgerufen durch Bürgerinitiativen⁵. Die inneren Reformen blieben stecken oder wurden zu Halbformen. Auch die auf kommunaler Ebene zum Teil eingerichteten Beteiligungsmöglichkeiten blieben halbherzig oder wurden sogar wieder eingeschränkt⁶. Der zuvor beschworene mündige Bürger wurde von manchen Kreisen nur noch als "Landplage" (FAZ v. 7.9.76) empfunden. Zudem bewirkten Terroranschläge der Roten Armee Fraktion, dass ab Ende der 70er Jahre die demokratische Luft in der Bundesrepublik dünner wurde. Radikalenerlaß, Berufsverbote, Polizeivideos bei Demonstrationen und ähnliches waren die neuen Bedingungen, unter denen die Initiativen sich fortan für ihre Ziele einsetzten. Fast zeitgleich begannen immer mehr Menschen in Westdeutschland, sich zur Frauen-, Umwelt-, Dritte-Welt-, Anti-AKW- und Friedensbewegung zu organisieren.

1.2. Gesellschaftliche Relevanz einer Untersuchung von Bürgerinitiativen

Der "Bürger ante portas"⁷ wurde aufgrund dieses für damalige Verhältnisse ungewöhnlichen politischen Verhaltens zum Schreckgespenst vieler Verwaltungschefs und Parteistrategen. Auch in der Politikwissenschaft begann eine bis Anfang der 80er Jahre breite, z.T. auch aufgeregte Auseinandersetzung über dieses Phänomen. So sah Rudolph (1974) sowohl "Chancen und Gefahren" und Pelinka fragte 1978, ob "Bürgerinitiativen - gefährlich oder notwendig" seien. Die Aufregung über den "Aufstand des Bürgerwillens" (Fetscher 1986) ist seit den 80er Jahren verschwunden. Utopien und Hoffnungen der einen, Befürchtungen der anderen Seite haben sich nicht erfüllt. Die partizipatorische Revolution fand nicht statt. In der Politikwissenschaft ist die explizite Beschäftigung mit Bürgerinitiativen - von wenigen Ausnahmen abgesehen (s. Kapitel II) - nahezu eingestellt worden.⁸ Warum dann eine Untersuchung von Bürgerinitiativen, einem scheinbar erledigten Thema?

⁵ Wie unberechtigt dieser Vorwurf war zeigt selbst die vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau 1979 veröffentlichte Forschungsstudie "Bürgerinitiativen und Investitionsstau", Bonn.

⁶ 1976 wurden im Bundesbaugesetz verbesserte Mitsprachemöglichkeiten für BürgerInnen eingeführt. 1979 wurden einige dieser Verbesserungen wieder aufgehoben (vgl. Schneider 1992, 75).

⁷ Titel einer Monographie des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk (1975).

⁸ Anders verhält es sich mit dem - die Bürgerinitiativen übergreifenden - Thema der (neuen) sozialen Bewegungen: Seit 1984 gibt es bspw. in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft den Ar-

1. Bürgerinitiativen sind nicht tot. Die Lokalseiten jeder Zeitung legen darüber das beste Zeugnis ab. Die vorliegende Untersuchung zeigt - zumindest für den Verkehrsbe-
reich bis zum Jahre 1993 - sogar, dass die Zahl der Initiativen und die Zahl der darin
aktiven Menschen seit 1973 kontinuierlich gestiegen ist.⁹ Allerdings ist das Auftreten
und Engagement von Bürgerinitiativen seit den 80er Jahren zur politischen Normalität
in der alten Bundesrepublik geworden. Die ehemals "unkonventionelles politisches Ver-
halten" genannten Aktivitäten von Bürgerinitiativen können heute als konventionelles
politisches Verhalten bezeichnet werden. Demonstrationen, Unterschriftensammlungen
und Straßenblockaden sind zum "normalen" politischen Instrument des demokratisch
aktiven Teils der Bürgerschaft geworden. Auch Roland Roth (1997b, 4) sieht "nicht
einen Mangel an Engagement, sondern seine weitgehende Wirkungslosigkeit" und be-
fürchtet "längerfristig destruktive Rückwirkungen für die politische Kultur".

2. Die "unspektakuläre Veralltäglicdung" (Roth 1994) der Bürgerinitiativen sagt
nichts über deren tatsächliche politische Bedeutung aus. Die Menschen in Bürgerinitia-
tiven sind eine der größten demokratischen Kraftreserven dieses Landes. Das hier do-
kumentierte Forschungsvorhaben "kümmert" sich (im doppelten Sinne) um dieses Po-
tential - auch in der Sorge, dass es verkümmern könnte. Einige Ergebnisse der Untersu-
chung lassen diese Sorge als berechtigt erscheinen. Ein Ziel der Studie ist es auch, durch
Ermittlung der Faktoren, die eine erfolgreiche Bürgerinitiativenarbeit beeinflussen oder
bedingen, die Erfolgchancen für zukünftige Initiativen verbessern zu helfen. Vielleicht
können die Ergebnisse politikunverdrossenen Bürgerinnen und Bürgern den Rücken
stärken.

3. Die "Verknappung des Bürgersinns" (Münkler). Für die 70er Jahre konnte der
steilste Anstieg an sogenannter "unkonventioneller politischer Beteiligung" ermittelt
werden, in den 80er Jahren schwächte sich der Anstieg schon ab (vgl. Weißels 1997,
221) und für die 90er Jahre deuten viele Anzeichen auf eine Erosion der Bereitschaft
hin, sich politisch zu beteiligen (vgl. Münkler 2000, Putnam 1995). Dies gilt besonders
mit Blick auf Ostdeutschland. Im Gegensatz zu den WestbürgerInnen hatten sie nicht
die Möglichkeit, schon seit rund 25 Jahren Erfahrungen in der Bürgerinitiativenarbeit zu

beitskreis "Soziale Bewegungen", seit 1988 gibt es das von Jahr zu Jahr dicker werdende "Forschungs-
journal Neue Soziale Bewegungen und nicht zuletzt hat das Wissenschaftszentrum Berlin eine eigene
Forschungsabteilung "Soziale Bewegungen" (vgl. Roth 1994, 8).

⁹ Dies bestätigen Barnes / Kaase et al. (1979) und Koopmans (1992) für die Gesamtheit der neuen sozia-
len Bewegungen.

sammeln. Sie begannen nach 1989 ihr Engagement in Initiativen meist euphorisch, wurden bald ernüchtert und waren am Ende oft enttäuscht und frustriert über die Ergebnisse ihres Engagements.¹⁰ Man darf vermuten, dass diese ernüchternden Erfahrungen in den neuen Ländern mit der politischen Realität der neuen Bundesrepublik mit ein Grund dafür sind, dass 1992 über 50% der Menschen im Ostteil Deutschlands mit der jetzigen Demokratie unzufrieden sind.¹¹ Und laut einer Studie des Wissenschaftszentrums Berlin hielten 1997 gar nur noch 23% der Ostdeutschen die Demokratie für die beste Staatsform - 1991 waren es noch 41%¹². Es mehren sich die Stimmen, die sogar den demokratischen Zustand dieser Republik zusehends in Gefahr sehen (Schneider-Wilkes 1997). Nicht gerade optimistisch stimmen Untersuchungen aus Ostdeutschland: In einer Erhebung hat sich gezeigt, dass sich das demokratische Potential an BürgerInnen, die in Bürgerinitiativen, Parteien und Kommunen im Gebiet der ehemaligen DDR mitwirkten, seit 1990 *fast halbiert hat*.¹³

Nicht zufällig wurde im Jahre 1992 "Politikverdrossenheit" von der Deutschen Gesellschaft für Sprache zum Wort des Jahres erklärt. Vielleicht kann diese Untersuchung einen bescheidenen Beitrag dazu leisten, zumindest einer potentiellen Politikverdrossenheit derjenigen Menschen, die sich in (Verkehrs-) Bürgerinitiativen engagieren, entgegenzuwirken.

Die Einflussmöglichkeiten der BürgerInnen ist sicherlich ein fundamentales Qualitätsmerkmal einer vitalen und stabilen Demokratie. Wie steht es aber um die *realen* Einflussmöglichkeiten demokratisch engagierter Bürger? Wie erfolgreich sind Bürger in ihrem ehrenamtlichen politischen Engagement? Welche Erfahrungen machen Engagierte dabei und welche Konsequenzen ziehen sie daraus? Das sind Fragen, die in dieser Arbeit im Mittelpunkt stehen.

¹⁰ So der Experte der BI-Szene in Ostdeutschland, Ulf Heitmann, des in der Wendezeit entstandenen "Instituts für bürgernahe Stadterneuerung" (IBIS) im Interview am 13.7.93.

¹¹ Bei einer Repräsentativumfrage Ende 1992 äußerten sich über 50% der befragten Ostdeutschen unzufrieden über die Demokratie (im Westen: 35%). Im Herbst 1993 stieg der Zahl derjenigen BundesbürgerInnen, die mit der Demokratie unzufrieden war, sogar gesamtdeutsch auf 51 %. Quellen: Für 1992: Ergebnis einer repräsentativen Umfrage des Instituts für praxisorientierte Sozialforschung/ipos in Mannheim (zitiert nach Raschke 1993, 7). Für 1993: Politikbarometerbefragung der Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim, zitiert nach Süddeutsche Zeitung v. 25./26. 9. 1993.

¹² Badische Zeitung v. 8.6.1999, S. 2.

Warum gerade *Verkehrsbürgerinitiativen*? Die zunehmende Bedeutung Berlins als Hauptstadt, Wirtschaftsstandort an der Nahtstelle zwischen Ost- und Mitteleuropa wird nach Aussage des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) dazu führen, dass sich allein der PKW-Bestand im Großraum Berlin bis zum Jahre 2010 *verdoppeln* wird, falls die Verkehrspolitik nicht gegensteuert.¹⁴ Schon heute sind in Berlin 82% der BürgerInnen aufgrund von Lärm, Abgasen und verminderter Lebensqualität mit der Ver-

kehrssituation in der Stadt mehr oder weniger unzufrieden.¹⁵ Für fast 40% der BerlinerInnen stellt der Verkehr in der Stadt das Problem Nummer eins dar.¹⁶ Der Anteil des Verkehrs an den globalen CO₂-Emissionen beträgt rund 20, an den NO_x-Emissionen fast 50 und an den CO-Emissionen gar 75 Prozent.¹⁷ 1993 ist der Bereich Verkehr zum ersten Mal der größte Endenergieverbraucher in Deutschland geworden.¹⁸ Ohne politisches Aufsehen zu erregen, stirbt in Deutschland durchschnittlich jede Stunde ein Mensch an den Folgen eines Verkehrsunfalls. Weltweit sterben jährlich fast 600 000 Menschen im Straßenverkehr: Dies berichteten Verkehrsexperten auf einem internationalen Kongreß im spanischen Valenca. Nach Ansicht des Leiters der Tagung Prof. Luis Montoro (Universität Valenca) seien praktisch alle Verkehrsunfälle vermeidbar (FR vom 24.5.96).

Jährlich werden durch die bundesdeutsche Gesellschaft mehr als 500 Kinder dem Moloch Verkehr "geopfert"; in diesem Lande ist die häufigste Todesursache bei Kindern unter 14 Jahren der Tod im Straßenverkehr. 50 000 Kinder werden jedes Jahr auf deutschen Straßen verletzt oder schwerverletzt.¹⁹ Bei Fortschreibung der derzeitigen Entwicklung des Autoverkehrs werden bis zum Jahre 2030 weltweit mehr als 50 Millionen Menschen durch den Autoverkehr getötet werden.²⁰ Die gigantische gesellschaftliche, politische und auch ethische Dimension des Themas Verkehr - und damit auch des Verkehrs in Berlin - ist also sicher unstrittig. Und damit auch die Beschäftigung mit sozia-

¹³ *Sozialwissenschaftliches Forschungszentrum Berlin-Brandenburg, 1993: Leben 93. Leben in Ostdeutschland, Daten und Feldbericht, Berlin.*

¹⁴ Morgenpost v. 20.2.92

¹⁵ Emnid-Umfrage, Morgenpost v. 12.5.92.

¹⁶ Forsa-Institut, Morgenpost v. 22.9.1995; 1992 waren es noch rund ein Drittel der Befragten.

¹⁷ Ekart Hahn/Udo E. Simonis, 1994,5

¹⁸ Helmut Holzapfel, *Energiefresser Nr.1: Der Verkehr*, in: Informationsdienst Verkehr, 95, Nr. 47.

¹⁹ Soziale Pädiatrie. Praxis und Klinik, Nr. 6, 1990, S. 438 und Süddeutsche Zeitung vom 15.7.95, S. 8.

²⁰ Berechnungen des Umwelt- und Prognose-Instituts Heidelberg - zitiert nach: grünstift, H.4, 1995, S.3.

len Gruppen, die auf den Plan getreten sind, um in das politische Räderwerk einzugreifen, weil sie sich mit all dem Genannten nicht abfinden wollen.²¹

1.3. Wirkungen und Erfolgsbilanz der Bürgerinitiativen

Zu Recht stufte Mayer-Tasch (1981) die Mehrheit der Bürgerinitiativen als "Wegbereiter der (permanenten) Reform, nicht aber (als) Stirntrupp einer politischen Revolution" ein (1981, 227). Daran erinnert auch die Tatsache, dass der Produktionsbereich als Aktionsfeld der Initiativen nahezu ausgeschlossen wird. Treffender erscheint mir, Bürgerinitiativen als Ausdruck eines "partiellen Partizipationsbegehrens" (Roth 1991, 444) zu beschreiben. Die Hoffnung einiger weniger Aktivisten innerhalb der Initiativen auf eine basisdemokratische Strukturreform des politischen Systems hatte sich nicht erfüllt (vgl. Noeke 1989). Die nach 1990 in mittlerweile fast allen Bundesländern eingeführten direkt-demokratischen Elemente in Kommunal- und Länderverfassungen stecken voller "bürokratischer Blockaden" (Rüttgers 1994, 11) und sind zu Recht als "direkt-demokratische Ornamente" (Roth 1993, 229) am ansonsten substantiell unveränderten repräsentativen Gesamtbauwerk "Deutschland" bezeichnet worden.

Gleichwohl hat die Existenz der entstandenen neuen sozialen Bewegungen im allgemeinen und der Bürgerinitiativen im speziellen politische Spuren in der Bundesrepublik hinterlassen. Ohne Zweifel haben sie an der Liberalisierung und Demokratisierung der politischen Kultur des Nachkriegsdeutschland einen wesentlichen Anteil. Sie haben dazu beigetragen, dass heute viele Themen überhaupt als politische und damit als strittige Themen behandelt werden und Alternativen in die Debatte kamen und nicht mehr wie in den 50er und 60er Jahren allein technokratisch und auf der Ebene von "Sachzwängen" entschieden werden konnte (vgl. Roth 1991, 445). Speziell den Verkehrsbürgerinitiativen bescheinigt heute auch die konservative Presse, dass es "...nicht die Politiker waren, die vielerorts 'Tempo 30' in den Wohnstraßen durchgesetzt haben,

²¹Die Zahl dieser Gruppen wächst in Deutschland seit 20 Jahren immer noch. Was wir in dieser Untersuchung für den Berliner Raum nachweisen konnten, bestätigen bundesweit auch die Zahlen, die von den Organisatoren des *10. Bürgerinitiativen-Verkehrskongresses* (in Hamburg) im Mai 1995 genannt wurden. Danach sind allein in deren Kartei über 4000 Adressen von Verkehrsinitiativen in Deutschland gespeichert. Doppelt soviel wie vor 20 Jahren (vgl. Frankfurter Rundschau v. 23.5.95, S. 6).

(sondern, dass) es vielmehr die beharrliche Arbeit Tausender von Bürgerinitiativen (war) " (Frankf. Allg. Zeitung v. 26.5.95). Bürgerinitiativen zerstörten auch die Allgemeingültigkeit des Bildes vom "unpolitischen Deutschen" (Dahrendorf). Themen wie Umwelt, technologische Risiken, geschlechtsspezifische Lebenschancen sind politische Themen geworden. Eine endgültige Bilanz der Erfolge und Niederlagen der Bürgerinitiativen im besonderen und der neuen sozialen Bewegungen im allgemeinen kann sicherlich noch nicht gezogen werden. Von der Politisierung eines Themas hin zum Erfolg ist es ein weiter Weg. Die politischen Eliten (Regierungen, Verwaltungen, Altparteien, Wirtschaft) haben in 25 Jahren viel für den Umgang mit ihren "Herausforderern" hinzugelernt: "Themenklau, Grüntünche", Lippenbekenntnisse, Umarmungsstrategien, Kooperationsangebote, symbolische und Ankündigungspolitik beeinträchtigten und beeinträchtigen die Erfolgchancen der Initiativen ²².

Die Durchsetzungsmöglichkeiten einer alternativen, "bewegten" Politik "von unten" sind außerdem durch ein grundsätzliches Hemmnis erschwert: Politische Prozesse laufen immer mehr über informelle und formelle Verhandlungssysteme - dabei hängt das Ergebnis von der relativen Verhandlungsmacht der Beteiligten ab (vgl. Scharpf 1988, 1992). Den neuen sozialen Bewegungen sind zwar erste Zugangsmöglichkeiten, aber praktisch immer noch keine institutionalisierten und realen Einflussmöglichkeiten zu diesen Bargaining-Prozessen geöffnet worden. "Eine Anerkennung und Institutionalisierung von sozialen Bewegungen (ist) im dominierenden Konzept der politischen Eliten der Bundesrepublik nicht vorgesehen" (Roth 1994, 261). Obwohl die neuen sozialen Bewegungen als "praktizierter Ausdruck eines basisorientierten Demokratieverständnisses" ²³ anzusehen sind, ist dennoch eine Demokratisierung der politischen Entscheidungsprozesse noch nicht auf ihrem Erfolgskonto zu verbuchen (vgl. Noeke 1989, 6 und Roth 1994, 12).

Im Bereich der Ökologie ist eine weitreichende Wirkung der Initiativen nicht mehr ernsthaft zu bestreiten: Es ist letztlich ihnen zu verdanken, dass die deutsche Umweltindustrie einen technologischen Modernisierungsschub erhielt, der ihr zur Rolle der weltweit führenden Exportnation auf diesem Gebiet verholfen hat. ²⁴ Josef Huber (1993)

²² Vgl. Gschwend 1986, hier zitiert nach Roth 1991, 435.

²³ Karl-Werner Brand, zit. n. Röhrich 1989, 114.

²⁴ Nach einem Gutachten des Umweltbundesamtes von 1994 ist Deutschland in der Umweltschutztechnologie mit 21 Prozent die führende Exportnation der Welt. 1991 gab es 700 000 Arbeitsplätze. 1994 waren laut einer Studie des Bundesumweltministeriums 1 Million Beschäftigte im Umweltschutz tätig.

weist nach, dass die bundesdeutschen Erfolge im Umweltschutz nicht *wegen*, sondern *trotz* der offiziell betriebenen Umweltpolitik erreicht wurden, und zwar "weil politisch gesehen...Bürgerinitiativen und Umweltschutzorganisationen nicht nachgelassen haben, rege und rührig zu sein, eine anhaltende Umweltinformation und Umweltdebatte anzutreiben und einen demokratisch wirksamen Druck von der Straße auszuüben" (S. 296). Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt eine Untersuchung des Wissenschaftszentrums Berlin und der Forschungsstelle für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin über einzelne "Erfolgsfälle" in der Umweltpolitik. "In allen untersuchten Erfolgsfällen", so Prof. Martin Jänicke (FU Berlin), "war eine öffentliche Diskussion oder gar massiver öffentlicher Druck im Spiel"²⁵. Katzenstein (1989, 9) sieht sogar den gesamten Wirtschaftsstandort Deutschland durch den Einfluß der neuen sozialen Bewegungen gestärkt. Sie hätten "jene institutionelle Flexibilität bewirkt, die der Bundesrepublik verhalf, ihre internationale Spitzenposition zu behaupten".²⁶

Diese Erfolge sind zum einen begründet in der den Bürgerinitiativen oft zugeschriebenen Funktion als "Frühwarnsystem" (Offe 1971) - zum anderen in der Mobilisierung von ansonsten brachliegender Sachkompetenz und Bildungsressourcen der Bevölkerung durch die Initiativen. Verschiedene Autoren (z.B. Andritzky et al 1977, Bohrsdorf-Ruhl 1975, Ebert 1980, Guggenberger 1980, Schneider/ Lück 1982, Dienel 1984, Roth 1991, Schneider/Hecker 1991, Schneider 1992) haben - z.T. auf der Grundlage empirischer Untersuchungen - den Bürgerinitiativen ein gutes Zeugnis über deren Sachkompetenz und deren "wissenschaftliches Know-how" (Ebert, 1980, 357) gegeben ²⁷.

1.4. Definition, Handlungsfelder und gesellschaftliche Größenordnung von Bürgerinitiativen

Gegenüber 1984 stellt dies eine Verdopplung dar (Frankfurter Rundschau v. 9.4.96 und Badische Zeitung v. 9.9.96). Umwelttechnik hat ein jährliches Wachstum von 6 %. Jede DM in den Umweltschutz bringt einen volkswirtschaftlichen Gewinn von 5 DM., (Süddeutsche Zeitung. v. 8.2.94).

²⁵ grüntift 4/94, S. 3.

²⁶ Hier zitiert nach Roth, 1991,436.

²⁷ Bei der Untersuchung von Bohrsdorf-Ruhl (1975, 348f) bescheinigen ca. 75% der Befragten Verwaltungen den Initiativen Sachkompetenz. Die Fallstudie von Schneider/Luck (1982, 319) gelangt zu dem Ergebnis "dass die Laien der Bürgerinitiative den Experten schließlich überlegen waren..."

Wie könnte man Bürgerinitiativen definieren? Einen brauchbaren Vorschlag einer Arbeitsdefinition liefert Guggenberger (1980, 18f): "Bürgerinitiativen sind spontane, zeitlich in der Regel begrenzte, organisatorisch lockere Zusammenschlüsse von Bürgern, die sich außerhalb der traditionellen Institutionen und Beteiligungsformen der repräsentativen Parteiendemokratie zumeist aus konkretem Anlaß als unmittelbar Betroffene zu Wort melden und sich, sei es im Wege der Selbsthilfe, sei es im Wege der öffentlichen Meinungswerbung und der Ausübung öffentlichen Drucks, um Abhilfe im Sinne ihres Anliegens bemühen". Armbruster (1996, 457) spricht dann von Bürgerinitiativen, "wenn es um autonome, gemeinschaftliche und selbstorganisierte Versuche von Bürgern geht, in politisches Geschehen und gesellschaftliche Entwicklungen einzugreifen". Nach Roth (1993, 18) sind Bürgerinitiativen "unkonventionelle" bzw. "alternative" Orte kollektiven Lernens, die sich in Gruppen am Rande, aus Protest oder Opposition gegen bestehende staatliche Zustände herausbilden.

Seit Ende der 60er Jahre schließen sich in politischer "Kompetenzanmaßung" (Roth 1994) Frauen und Männer zusammen, um sich außerparlamentarisch und außerparteilich beispielsweise *gegen* ein Atomkraftwerk, *gegen* Atomenergie allgemein, *gegen* die Verschlechterung der städtischen Wohn- und Lebensbedingungen, *gegen* neue Straßen und Stadtautobahnen, *gegen* Luxussanierungen und Vertreibung von Bewohnern, bzw. *für* eine andere Verkehrspolitik (Verkehrsberuhigung, Spielstraßen, Straße als Lebensraum, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs,...), *für* soziale Einrichtungen (Spielplätze, Jugendzentren, alternative Wohnprojekte u.ä.), *für* Umweltschutz, *für* Frieden und Abrüstung und andere Ziele einzusetzen. „Sie äußerten Widerstand, entwickelten eigene Ideen und drängten auf Beteiligung, Mitwirkung, Mitgestaltung an Planungen und Entscheidungen und legten in vielen Fällen auch selbst Hand an“ (Noeke 1989, 4). Es bilden sich Gruppen, die vor Ort in Städten und Gemeinden mehr oder weniger konkrete Ziele der o.g. Art verfolgen. Gleichzeitig - und von diesen Gruppen sowohl personell als auch in ihrer grundsätzlichen politischen Zielrichtung meist nicht zu trennen - entstanden überregionale Gruppen und Organisationen zu den Themen Umweltschutz, Atomenergie, Frieden, Frauen und "Dritte Welt". Sie wurden bald "neue soziale Bewegungen" genannt.²⁸ Diese haben "über die sozialen und ökologischen Folgen des Wachstums hinaus allgemein die Bedingungen des Lebens außerhalb der organisierten

²⁸Zur Sprechweise im folgenden: Falls die Rede von "neuen sozialen Bewegungen" ist, sind damit die lokal agierenden Bürgerinitiativen als Gesamtphänomen miteingeschlossen.

Arbeit politisch thematisiert" (Saunders 1987, 9). Die 70er Jahre wurden zu einer der politisch bewegtesten Zeiten der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Der neue politische Akteur "Bürgerinitiative" stieß auf große und positive Resonanz bei der übrigen Bevölkerung. Emnid ermittelte, dass 1976 nicht weniger als 51% der Bundesbürger grundsätzlich bereit waren, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten.²⁹ Gerade im Umweltschutzbereich sahen immer mehr BürgerInnen ihre Interessen und die Interessen ihrer Kinder nicht mehr ausreichend durch ihre gewählten Vertretern in den Parteien berücksichtigt. In den 70er Jahren hatten z.B. nur noch 8% der Bevölkerung Vertrauen darin, dass die Parteien einen wirkungsvollen Beitrag zum Umweltschutz leisten würden, aber 48% hatten diese Überzeugung über die Bürgerinitiativen (Rüdig 1980, 174).

Die Angaben zur Anzahl der Bürgerinitiativen gehen für die 70er Jahre von 5 000 bis 50 000 (Kempf 1984, 296).³⁰ Für die 80er Jahre hält ein ausgewiesener Experte des Untersuchungsgegenstandes die Zahl von 10 000 Initiativen mit zwei bis vier Millionen Bürgern für realistisch (Guggenberger 1989, 398). Aktuelle Zahlen für die 90er Jahre existieren leider nicht. Nur indirekt kann man die aktuelle Größenordnungen schätzen. Neuere Untersuchungen ermitteln nämlich nur die Zahlen zum Oberbegriff "ehrenamtliche Arbeit", die den Aktiven in der BI ebenso umfasst wie den 3. Vorstand des Hasenzüchtervereins. Dabei kommt Gaskin et al (1996) zum Ergebnis, dass rund 17% der Deutschen einmal im Monat ehrenamtlich aktiv seien. Das wären etwa 13,6 Millionen. Genau doppelt soviel ehrenamtlich tätige BürgerInnen ermittelt eine Studie von 1999, die im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wurde. Auch dort muss man über die Anzahl der Menschen, die in Bürgerinitiativen aktiv sind, spekulieren (Rosenblatt/Picot 1999). Immerhin erfährt man, dass ca. 4,7% der Deutschen in Sachen Politik/politische Interessenvertretung ehrenamtlich aktiv sind.

²⁹ Diese Bereitschaft sank jedoch danach: 1978 erklärten nur noch 43%, 1981 gar nur noch 36% ihre potentielle Bereitschaft, in einer Bürgerinitiative mitzuarbeiten (Rüdig 1980, 166; Kempf 1984, 314). Kempf kann "über die Ursachen dieser Reduktion nur spekulieren" (314); u.a. fragt er sich, ob Enttäuschungen, Mißerfolgserfahrungen oder eine allgemeine Tendenz zum Rückzug ins Private dafür verantwortlich sind. Die Zahlen von Emnid werden gestützt durch Noeke (1989, 6), der für die 80er Jahre in seiner Studie bei Umweltschutzinitiativen eine Rückläufigkeit der Initiativneugründungen feststellt. Für den Gesamtbereich der neuen sozialen Bewegungen sieht Roth (1994) jedoch insgesamt eine Stabilisierung und auf dem Weg zur gesellschaftlichen Institution.

³⁰ Der Staatssekretär des Bundesinnenministeriums nannte 1976 die Zahl von 15 000 Bürgerinitiativen, in: FAZ v. 24.3.1976, zit. n. Rüdig, 1980, 135.

Wie gelangen wir nun zu Zahlen über die Aktiven in Bürgerinitiativen? Mitte der 90er Jahre waren 2,8 % der WählerInnen Mitglied einer Partei (Ende der 70er: 4,1% - alles nach Wiesendahl 1998, 18f). Gehen wir von maximal 25% Aktiven aus (ebd.), dann sind 0,7% der WählerInnen aktive Parteimitglieder. So reduzieren sich nach Rosenblatt/Picot die 4,7% auf 4% Deutsche, die in den 90er Jahren ausserhalb von Parteien - u.a. eben auch in Bürgerinitiativen - sich ehrenamtlich politisch engagierten.

Rund die Hälfte der Initiativen sind dem Umweltbereich zuzurechnen. Innerhalb dieses Bereiches haben sich die Schwerpunkte Energie (40%), Verkehr (33%) und Landschaftsschutz (32%) herauskristallisiert (Guggenberger 1989, 398).

Ein Wort zum Vorwurf, dass Bürgerinitiativen nur ihre ureigensten Interessen verfolgen ("St. Florian Prinzip"): Er wird sowohl durch die vorliegenden empirischen Erhebungen aus den 70er Jahren als auch in den vorliegenden beiden Studien widerlegt. Für Umweltinitiativen galt z.B., dass sie "relativ unabhängig von persönlicher Betroffenheit" arbeiten (Andritzky/Wahl-Terlinden 1977,184).³¹

Insgesamt zeigen die Literaturrecherchen wie schwierig es ist, auch nur annähernd verlässliche aktuelle Zahlen über den Untersuchungsgegenstand zu erhalten.

2. Forschungslücken und Fragestellungen

Zwei Fragestellungen sind im Grenzgebiet von Partizipationsforschung und Bewegungsforschung der letzten Jahrzehnte ausgiebig untersucht worden:³²

a) Man unterschied in direkte/indirekte, (institutionell) verfaßte/nicht-verfaßte (von Alemann 1977), in legale und illegale Formen der Partizipation (Barnes//Kaase 1976). Die Bürger wurden auf dem Papier in Apathische, Zuschauer und Gladiatoren unterteilt. Auf der Grundlage empirischer Forschung kam jedoch bald zu folgenden vier Dimensionen politischen Verhaltens: (1) Wählen, (2) wahlkampfbezogene Aktivitäten, (3) (meistens gemeindebezogene) Gruppenaktivitäten und (4) politische Einzelkontakte. Erst Barnes/Kaase (1979) jedoch (unter der bewußten Wahrnehmung der Protestbewegungen der

³¹ Auch die Fallstudie von Schneider (1992) über die Berliner *Bürgerinitiative Westtangenten* bestätigt dies: nur einer der etwa 20 aktiven Mitglieder war von den geplanten Baumaßnahmen direkt betroffen (47).

70er Jahre) untersuchten erstmals quantitativ auch die institutionell nicht vorgesehenen, sondern auch die sog. "unkonventionellen Formen des politischen Handelns", die von Petitionen, Boykotten bis hin zu politischer Gewalt reichen.³³

Die Unterteilung in "konventionelles vs. unkonventionelles politisches Handeln" wurde in den 80er und 90er Jahren zunehmend als ungeeignet erachtet, die Realität adäquat zu erfassen. Uehlinger (1988, 129ff) unterscheidet fünf Typen: (1) Staatsbürgerrolle (z.B. zur Wahl gehen), (2) problemspezifische Partizipation (z.B. in einer Bürgerinitiative aktiv werden), (3) parteiorientierte Partizipation (z.B. Parteimitgliedschaft), (4) ziviler Ungehorsam (illegale Aktivitäten ohne Gewaltanwendung) und (5) Gewalt gegen Personen oder Sachen. Auch bei Fuchs (1995, 138f) findet sich fast buchstabengetreu diese Einteilung - nur nennt er den ersten Typ "konventionelles Handeln", dem er jedoch die gleichen Indikatoren (z.B. zur Wahl gehen) zuordnet. Zusätzlich untersucht Fuchs die fünf Typen noch auf die Merkmale der Gerichtetheit, Regelkonformität und Zeitaufwand.³⁴

b) Seit den 70er Jahren weiß man ziemlich genau, welche Altersgruppen, sozialen Klassen, und ob eher soziale Absteiger oder Aufsteiger, Materialisten oder Postmaterialisten (Inglehart 1977, 1989) zum politischen oder gesellschaftlichen Engagement neigen. So ist seit 20 Jahren kaum noch umstritten, "that individuals with high levels of socioeconomic status, positive civic orientations, and appropriate political resources are more likely to participate than those without" (Leighly 1995, 197). U.a. wurden in diesem Zusammenhang der Einfluß von struktureller und biographischer Verfügbarkeit auf die Beteiligungsbereitschaft ermittelt. Oder es wurde (und wird) untersucht, welchen Einfluß politisches Interesse, Institutionenvertrauen und Wertorientierungen auf die Partizipationsbereitschaft haben. Daneben wurde auch der Zusammenhang von Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen zum Gegenstand von Untersuchungen (vgl. Gille / Krüger / De Rijke / Willems 1996)

Desweiteren wurden Untersuchungen angestellt, in denen der Einfluß bestimmter Faktoren auf den Protesterfolg bzw. auf den Mobilisierungserfolg untersucht worden ist. So

³²Die folgenden Ausführungen sind angelehnt an *Kaase, 1992, S. 339-346.*

³³Politische Gewalt wurde von Barnes/Kaase (1979) jedoch nicht behandelt: Vgl. Kaase (1992, 343).

³⁴Er kommt dabei zu sehr pauschalen und realitätsfernen Zuordnungen: so z.B. sieht er den Zeitaufwand für das Engagement in einer Bürgerinitiative und für konventionelles Handeln (Wählen, Meinung am Arbeitsplatz sagen, etc) für gleich hoch: nämlich kurzfristig.

z.B. der Einfluß einer Organisationsanbindung (Piven & Cloward), von Kommunikationsstrukturen (Schenk 1982) und persönlicher Netzwerke ("soziale Relais") (Ohlemacher 1994).

Allen genannten Untersuchungen ist folgendes gemeinsam:

- sie sind entweder dem Gruppenblick verhaftet oder
- untersuchen nur die individuellen oder/ und strukturellen Faktoren, die den *Eintritt* in das Engagement bedingen, fördern oder hemmen (Langzeituntersuchungen, die sich mit den Prozessen beschäftigen, sind die Ausnahme: z.B. Degen 2000).

Schon McAdam (1989, 744)³⁵ hob hervor, dass "at the microlevel we know a great deal about the factors that make for individual activism, *but less about how movement participation ebbs and flows over time or the political and personal consequences*". Dabei gäbe es doch genügend Anhaltspunkte aus einer kleinen Gruppe von Studien, die einen "powerful and enduring effect of participation on the later lives of the activists" hindeuteten. Auch Leighly beklagt (1995, 188):³⁶ "Studies of individuals level of participation over time are rare" und stellt beispielsweise fest: "why high-status individuals 'quit' participating remains a puzzle". Armbruster (1996) macht zwar die politischen Lernerfahrungen von Aktiven in Bürgerinitiativen zu seinem Thema und spricht von "Verstärkungswirkung durch Erfolge" und "Verstetigung politischer Aktivität" (460) - er stützt sich jedoch dabei auf empirische Befunde aus den 60er und 70er Jahren (s. Kap. II).

Als Forschungsdesiderat ergibt sich folgender Sachverhalt: es gibt im deutschsprachigen Raum - von Ausnahmen länger zurückliegenden Studien aus dem Bereich der Politischen Psychologie abgesehen (z.B: Preiser / Wannemacher 1981, Preiser 1983) keine Untersuchungen, die die intra-subjektiven Begleitprozesse, Konsequenzen und Veränderungen von aktiv engagierten Personen und den Zusammenhang mit den umgebenden politisch-strukturellen Rahmenbedingungen in den Mittelpunkt gestellt hätten. Allein die Arbeiten von Christel Degen (2000) und Thorsten Moritz (1997) könnten als Ausnahmen genannt werden - mit der folgenden Einschränkung: beide un-

³⁵McAdam, Doug, 1989: The Biographical Consequences of Activism, in: American Sociological Review, Vol. 54 (October), 744-760.

tersuchen rein-ostdeutsche Bürgerbewegungen (Neue Forum und Umweltbibliothek Berlin). Und so wichtig und überfällig Studien über die Erfahrungen von Menschen in den Bürgerbewegungen sind, die sich *vor* und *nach* der Wende in der DDR und Ex-DDR engagiert haben, so unterschiedlich sind deren subjektiven und objektiven, historisch einmaligen Ausgangsvoraussetzungen und Ziele, als dass man sie mit westdeutschen Gruppen in einen Topf schmeissen könnte. Darauf weist Degen (2000) zurecht nachdrücklich hin.

Auch die genannten Arbeiten von Preiser/Wannenmacher (1981) und Preiser (1983) untersuchen zwar u.a. auch die subjektive Verarbeitung von Engagementserfahrungen, sie zentrieren sich jedoch um die "*psychologischen* Bedingungen sozialen und politischen Engagements" (1981, 56). In ihrer mehr sozialpsychologischen Herangehensweise untersuchten sie als "extra-personale Umweltbedingungen" zwar den Einfluß von Faktoren (auf die Frage, ob sie hemmend oder fördernd auf das Engagement sich auswirkten) wie Familie, Geschwister, Freunde, Vorbildern, Schule, Kirche, Lebensalter, Zeitaufwand und Zufall. Der Einfluß politisch-struktureller Rahmenbedingungen bleibt jedoch ebenso außen vor wie auch eine "Berücksichtigung von Erfolgs- versus Mißerfolgserfahrungen" - wie die Autoren selbst einräumen (Preiser 1983, 162).³⁷ Die Grenze zwischen den Forschungsfeldern zur politischer Psychologie und politikwissenschaftlich orientierten Partizipationsforschung überschritten die Autoren nicht. Vorliegende Arbeit versucht, diese Grenze zu beseitigen und beide Forschungsterrains zusammenzubringen.

Wenigstens für die USA und wenigstens für Protestakteuere der 60er Jahre gibt es Untersuchungen, die auf einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem Protestverhalten und den politischen Werten zwischen Eltern und ihren Kindern aufzeigen. Westby & Braungart (1966), Flacks (1967), Jennings & Niemi (1968) und andere (siehe ausführlich bei DeMartini 1990) wiesen nach, dass politisch aktive Studenten und deren Eltern eine hohe Übereinstimmung in politischen Werten aufwiesen.

³⁶Leighly, Jan E., 1995: Attitudes, Opportunities and Incentives: A Field Essay on Political Participation, in: Political Research Quarterly, March 1995, Vol. 48, Nr. 1, 181-210.

³⁷Außerdem räumen sie ein, nicht zwischen sozialem und politischem Handeln unterschieden zu haben (S. 163).

Auch neuere Längsschnittuntersuchungen des biographischen Verlaufs ehemaliger Protestakteure sind mir ausschließlich für die USA bekannt (Jennigs 1987, Marwell et al 1987, McAdam 1989). Die meisten dieser Arbeiten berichten über die politischen Werte und das politische Verhalten von Personen, die in der Bürgerrechtsbewegung zwischen 1960 und 1965 aktiv waren. Jennings untersuchte die gegenwärtigen politischen Grundsätze von College-Studenten, die in der Anti-Kriegsbewegung aktiv waren. Whalen/Flack (1989) bearbeiteten eine kleine Fallstudie von 17 Personen, die in den späten 1960ern und frühen 1970ern in abweichender Politik aktiv waren. Das Ergebnis dieser Untersuchungen: Etwa 20 bis 30 Jahre Jahre nach ihrem ersten Engagement im sozialen Protest als Collegestudent, behielten diese Untersuchungspersonen die politische Überzeugung, waren engagiert im politischem Verhalten und arbeiteten in Berufen, die direkt mit dem politischen Engagement und zu ihm kongruent war, das sie im College betrieben (vgl. deMartini 1990).

Speziell für die Bundesrepublik Deutschland bestätigt Roland Roth (1994, 31) diese Forschungslücke der NSB-Forschung, indem er darauf hinweist, dass "Studien zur politischen Sozialisation und Biographie von Protestakteuren für die Bundesrepublik weitgehend (fehlen). Auch die zitierte Christel Degen (2000) weist darauf hin, dass die Bedeutung der "partizipatorischen Erfahrungen zu untersuchen, ein noch weitgehend unbeackertes Feld für soziologisch, politik- und kulturwissenschaftliche Forschung" (2000, 37) sei. Für den deutschsprachigen Raum ist höchstens mit großen Einschränkungen die Arbeit von Modrow-Thiel (1988) zu nennen. Das große Defizit ihrer Arbeit ist jedoch die Gesamtanlage ihrer Untersuchung: das Engagement ihrer untersuchten, in sogenannten *Planungszellen* aktiven Akteure wird per Telefonanruf ausgelöst, dauert genau 2 Wochen und wird von staatlicher Stelle bezahlt.³⁸ Ein solches "politisches Engagement" ist in keiner Weise mit dem zum Teil jahrelangen, ehrenamtlichen und zum Teil auch mit beträchtlichen finanziellen Kosten verbundenen Engagemen von Aktiven in Bürgerinitiativen zu vergleichen. Diese *Bürgerinitiativen* sind aber das Beispiel für den typischen Protest in Deutschland - und nicht die völlig protestuntypischen Planungszellen.

³⁸ Ausführlich dazu der immer noch unermüdete "Erfinder" der Planungszellen: Dienel, P.C., 1978: Die Planungszelle, Opladen.

In der Realität erwächst das Engagement von Protestakteuren vielmehr aus einem Geflecht vieler Faktoren. Opp (1996, 234) zählt dazu z.B. die Gelegenheitsstrukturen, die Wahrnehmung dieser Strukturen, der persönliche Kosten-Nutzen-Vergleich (Anreiz) und ein wie auch immer ausgeprägtes subjektives Betroffenheitsgefühl. Weitere Faktoren werden wir in dieser Studie ermitteln. Auf alle Fälle entsteht politisches Engagement normalerweise nicht über einen Telefonanruf, bei dem eine freundliche Stimme anfragt, ob man bereit wäre, für zwei Wochen in bezahlten "Partizipationsurlaub" zu gehen.

Meine Arbeit greift drei Forschungslücken auf:

1. Empirisch fundierte Ermittlung von Engagementerfolg auf einer 20jährigen Zeitachse (1973 - 1993) und der Erfolgs- und Misserfolgskfaktoren (*Teilstudie 1*)
2. Herausarbeiten der politischen Sozialisation und individuelle Erfahrungen von Protestakteuren in Deutschland (*Teilstudie 2*)
3. Aufzeigen von Zusammenhängen zwischen politischen Gelegenheitsstrukturen und den "personal consequences" von politischem Engagement (*Synthese beider Studien*)

Diesem Ziel dienen folgende **Forschungsfragen**, die im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit stehen:

Teilstudie 1:

1.1 Wie lautet die *Bilanz von Erfolg und Misserfolg* bei den Berliner Verkehrsbürgerinitiativen im Zeitraum 1973 - 1993?

1.2 Welches sind die *Gründe für Erfolg und Misserfolg*?

Teilstudie 2:

2.1 Welche konkreten Erfahrungen machen die einzelnen Aktiven mit den verschiedenen politischen Akteuren in der politischen Arena: Bewirken die im Engagement gemachten Erfahrungen eher *Empowermentprozesse* (z.B. Gewinnung von Ich-Stärke, positives Gefühl des "In-der-Welt-Seins", Entwicklung von Fähigkeiten, Strategien und Ressourcen, Erwerb von Kenntnissen) *oder eher Disempowermentprozesse* (z.B. relativierte Einschätzung der Veränderbarkeit von Situationen bis hin zu Ohnmachtgefühlen, Apathie, Rückzug ins Private politische Hoffnungslosigkeit und "erlernter Hilflosigkeit") ?

2.2. Wovon hängt die *Art der Erfahrungsverarbeitung* ab: welche Rollen spielen dabei Erfolgsgrad der BI, der Aktivitätsgrad der Aktuere und die politische Biographie bzw. Sozialisation der Aktiven?

Synthese:

3. Welche Konsequenzen resultieren aus beiden Studien für das politische System?